


www.laender-analysen.de/ukraine

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG UND FINANZIELLE TRANSPARENZ

■ ANALYSE	
Das öffentliche Beschaffungswesen in der Ukraine: Hintergründe und Einschätzungen des Reformprozesses Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	2
■ ANALYSE	
Elektronische Vermögensdeklarationen: Ein Schritt in Richtung mehr Transparenz Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)	6
■ DOKUMENTATION	
Stellungnahmen und Pressestimmen zum Start des Onlinesystems (August/September 2016) und zur Veröffentlichung der Vermögensdeklarationen (Oktober/November 2016)	7
■ DOKUMENTATION	
Ausgewählte Angaben aus den Vermögensdeklarationen	9
■ DOKUMENTATION	
Europäischer Rechnungshof zu EU-Hilfe für die Ukraine	11
■ CHRONIK	
12. Dezember 2016 – 22. Januar 2017	13

Das öffentliche Beschaffungswesen in der Ukraine: Hintergründe und Einschätzungen des Reformprozesses

Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Zusammenfassung

Das öffentliche Beschaffungswesen ist ein Schlüsselbereich für die Bekämpfung der Korruption in der Ukraine. Ein Vergleich mit der Janukowitsch-Präsidentschaft zeigt, dass seit 2014 wichtige Fortschritte gemacht wurden, um diesen Bereich transparenter und fairer zu gestalten. Dies liegt insbesondere am gesteigerten Einfluss zivilgesellschaftlicher Kräfte in der Ukraine sowie an den Bemühungen externer Akteure. Gefahren für die Weiterentwicklung der Reform sind allerdings weiterhin vorhanden; sie wurzeln im neopatrimonialen Charakter des ukrainischen Regimes. Dieser macht sich im Fall des öffentlichen Beschaffungswesens in den Elitenetzwerken bemerkbar, die u. a. einen starken Einfluss wirtschaftlicher Akteure auf das ukrainische Parlament ermöglichen.

Einleitung

Die Entwicklung der Reformen im öffentlichen Beschaffungswesen in der Ukraine verrät einiges über den Charakter des politischen Regimes sowie über seine Bereitschaft, auf externe Forderungen einzugehen. Öffentliche Beschaffungen sind in den meisten Ländern ein sensibler Bereich, in dem Probleme mit Transparenz und fairem Wettbewerb weitverbreitet sind. Da der Staat erhebliche Gelder zur Verfügung stellt, treffen in dieser Sphäre einflussreiche politische und wirtschaftliche Interessen aufeinander. Dabei ist das öffentliche Beschaffungswesen ein Bereich, der für externe Partner in politischer wie ökonomischer Hinsicht von großem Interesse ist. Zum einen stellen die Entscheidungsprozesse über die Verteilung von Geldern für staatlich finanzierte Projekte einen Lackmustest für zentrale Aspekte von Demokratisierung und guter Regierungsführung dar. Zum anderen beeinflussen die Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens die Möglichkeiten ausländischer Unternehmen, gleichberechtigt mit einheimischen Firmen an Ausschreibungen für lukrative Projekte teilzunehmen. Wie die öffentlichen Beschaffungen gestaltet werden spielt deshalb eine Rolle für die Wahrnehmung des Geschäftsklimas durch externe Wirtschaftsakteure.

Ein Vergleich zwischen den Phasen vor und nach 2014 im Bereich der öffentlichen Beschaffungen kann hilfreich sein, um Schlussfolgerungen über die Art und die Tiefe der Änderungen zu treffen, die die Ukraine in den letzten drei Jahren vollzogen hat. Sicherlich kann die Auseinandersetzung mit lediglich einem Bereich nur bedingt aufschlussreich sein, besonders in einer Phase, in der die Ukraine auf zahlreichen Ebenen und in vielen Sphären wesentliche Reformen versucht. Dennoch werden bestimmte generalisierbare Tendenzen sichtbar.

In dieser Analyse wird der Fokus auf einen Vergleich der Janukowitsch-Präsidentschaft (2010–2014) mit dem Zeitraum seit Februar 2014 gelegt. Die Janukowitsch-

Phase stellt eine Etappe dar, in der negative Merkmale des ukrainischen Regimes sich schneller und ausgeprägter entwickelten als in früheren Phasen. Diese Feststellung sollte allerdings nicht davon ablenken, dass wichtige Fundamente für den Umgang von Janukowitsch und seiner Entourage mit öffentlichen Geldern bereits während der Präsidentschaften von Leonid Kutschma und Viktor Juschtschenko gelegt bzw. gefestigt wurden. Auch wenn die entsprechende gesetzliche Grundlage weitgehend in Ordnung war, wurden Mechanismen geschaffen, die Intransparenz und die illegitime Bevorzugung bestimmter Akteure ermöglicht haben. Insbesondere zu nennen wäre hier die »Ausschreibungskammer«, die zwischen 2004 und 2008 für Entscheidungen über die Vergabe öffentlicher Gelder zuständig war und als Nicht-Regierungsorganisation keiner Aufsicht unterlag. Zwischen 2008 und 2010 wurde das öffentliche Beschaffungswesen hauptsächlich durch Resolutionen des Ministerkabinetts gesteuert, was eine Manipulierung bestimmter Ausschreibungen begünstigte.

Bereits diese Beispiele weisen auf einige Probleme hin, die das öffentliche Beschaffungswesen (nicht nur) in der Ukraine begleiten. Es erscheint lohnenswert, einige Faktoren herauszustellen, die dafür verantwortlich waren, dass dieser Bereich zum Schlüssel zur Ausplünderung des Landes durch einen engen Elitenkreis werden konnte. Von erheblicher Bedeutung für die problematische Entwicklung in dieser Sphäre waren: 1) die Menge des zur Verfügung stehenden Geldes; 2) die Intransparenz der entsprechenden Vergabeverfahren; 3) der Einfluss wirtschaftlicher Akteure auf das ukrainische Parlament; 4) die Rolle externer Akteure; 5) die Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft. Ein Vergleich dieser Faktoren in den beiden hier analysierten Phasen ermöglicht Schlussfolgerungen über den Charakter und die Nachhaltigkeit von Reformprozessen im ukrainischen Kontext.

Merkmale des öffentlichen Beschaffungswesens unter Janukowitsch

Unter Janukowitsch wurden bis zu 75 % des Staatshaushalts für öffentliche Beschaffungen ausgegeben. Als Präsident hat er selbst zugegeben, dass zwischen zehn und fünfzehn Prozent des Staatshaushalts pro Jahr durch Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen verloren gegangen sind. Er nannte dabei die Summe von 7,4 Mrd. US-Dollar. Nach seinem Sturz haben offizielle Vertreter der neuen Regierung unter Arsenij Jazenjuk behauptet, dass die verlorenen Gelder eher 11 Mrd. US-Dollar jährlich betrugen. Hierbei seien 75 % der öffentlichen Beschaffungen »manipuliert« worden.

Trotz der zuerst einigermaßen zufriedenstellenden Gesetzeslage war die Intransparenz der Entscheidungen in diesem Bereich sehr hoch. Dies lag teilweise daran, dass Gesetzesvorschriften ungestraft umgangen bzw. ignoriert wurden. Mit der Zeit fing man an, diese Vorgehensweise zu legalisieren, indem man Gesetzesänderungen vornahm, die für konkrete Personen oder Unternehmen bzw. Branchen von Vorteil waren. Für die Europäische Fußballmeisterschaft 2012 wurde der übliche Ausschreibungsprozess ausgesetzt, so dass Ausschreibungen mit lediglich einem Bieter legal durchgeführt werden konnten. Dieser Schritt stellte erst den Anfang einer ganzen Reihe von Gesetzesänderungen dar, die Ausnahmen für immer mehr (Teil-)Sektoren schufen und dadurch die Intransparenz der Entscheidungen über öffentliche Beschaffungsmaßnahmen wesentlich erhöhten.

Dass zahlreiche Gesetzesänderungen durchgehen konnten, die in der Folge spezifische Akteure bei der Vergabe öffentlicher Gelder begünstigten, weist auf ein System von klientelistischen Netzwerken hin, die erheblichen Einfluss auf das ukrainische Parlament unter Janukowitsch ausübten. Solche Netzwerke zeugen von einem neopatrimonialen Regime, bei dem informelle Beziehungen und Praktiken die demokratischen Funktionen von formellen Institutionen aushöhlen. Hiermit verknüpft ist auch das Problem der Interessenkonflikte, die in der Ukraine zahlreich vorhanden sind, ohne dass es effektive Mechanismen gäbe, um sie zu identifizieren, geschweige denn zu bearbeiten. Die Natur und Anzahl solcher Konflikte weist auf eine gefährliche Symbiose von Politik und Wirtschaft hin, die sich in der Janukowitsch-Phase stark verdichtet hat. Die genannten Regimemerkmale, die sich am Beispiel der öffentlichen Beschaffungen veranschaulichen lassen, stellen eine wesentliche Gefahr für Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine dar.

Der Einfluss westlicher Akteure auf das Janukowitsch-Regime blieb aus mehreren Gründen eher schwach. Trotz der fortschreitenden Ausplünderung der

Staatskassen durch die Eliten kam das Land erst gegen Ende der Janukowitsch-Phase in einen Zustand des de facto Bankrotts. In dieser Situation nutzte Janukowitsch die Möglichkeit, auf Angebote aus Russland zurückzugreifen, die zumindest kurzfristig gesehen günstig erschienen. Kurz vor dem Gipfel zwischen der EU und den Staaten der Östlichen Partnerschaft im November 2013 hat der russische Präsident Wladimir Putin der Ukraine sowohl einen Kredit im Wert von 15 Mrd. US-Dollar als auch einen erheblich reduzierten Preis für russisches Erdgas angeboten. Obwohl die abgesprochenen Gegenleistungen für diesen Deal nicht bekannt sind, scheint es vom Timing her klar, dass Janukowitsch zumindest seine Unterschrift unter dem Assoziierungsabkommen mit der EU verweigern sollte, wie dies beim November-Gipfel auch geschehen ist.

Die russischen Angebote waren für Janukowitsch überzeugender als diejenigen der EU, weil sie eine schnelle finanzielle Erleichterung versprochen und mit weniger expliziten Bedingungen verknüpft waren. Daher wurden sie auch als weniger bedrohlich für die Zukunft des Janukowitsch-Netzwerks wahrgenommen. In dieser Situation hatte die EU kaum Möglichkeiten, effektiv auf Reformen in konkreten Bereichen wie dem öffentlichen Beschaffungswesen zu drängen. Dies traf für andere Akteure wie den IWF oder die Weltbank genauso zu.

Während der Janukowitsch-Präsidentschaft haben einige zivilgesellschaftliche Akteure versucht, Einfluss auf die Entwicklung im Bereich der öffentlichen Beschaffungen zu nehmen. Die Organisation Naschi Hroschi (Unser Geld) hat eine wichtige Monitoring-Rolle gespielt und Aufmerksamkeit auf die Höhe der involvierten Summen und auf Transparenzprobleme gelenkt. Außerdem wurde die Koalition »Für die Integrität der öffentlichen Beschaffungen« von einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen sowie Medien und einigen Unternehmen gegründet, um die Entwicklung der Gesetzgebung in diesem Bereich zu beeinflussen. Allerdings waren solche Initiativen im Vergleich zu den relevanten politischen und wirtschaftlichen Akteuren mit wenigen Ressourcen ausgestattet.

Hinzu kam, dass keine Tradition der effektiven Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in den politischen Prozess existierte und solche Akteure meistens von Politik und Wirtschaft mit großer Skepsis behandelt wurden, auch wegen des Interesses vieler Politiker und Unternehmer an der Beibehaltung intransparenter Strukturen. Seitens externer Akteure wie der EU existierte eine klare Bereitschaft, ukrainische zivilgesellschaftliche Akteure in den Prozess einzubinden. Oft beschränkte sie sich allerdings auf eine allgemeine Unterstützung für solche Akteure, statt eine Zusam-

menarbeit mit ihnen in konkreten Bereichen zu implizieren. Es gab zwar eine begrenzte Kooperation zwischen Akteuren wie der Weltbank und der ukrainischen Zivilgesellschaft in Bezug auf das öffentliche Beschaffungswesen, aber diese blieb punktuell und hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung in diesem Bereich.

Die Entwicklung des öffentlichen Beschaffungswesens seit 2014

Nach Angaben des ukrainischen Ministeriums für Wirtschaft und Handel fließen zurzeit etwa 13 % des BIP in die öffentlichen Beschaffungen. Das entspricht für das Jahr 2015 etwa 11,8 Mrd. US-Dollar. Einschätzungen der durch Korruption bei öffentlichen Beschaffungen verlorenen Summen sind rar geworden, da die Betonung der meisten Beobachter jetzt auf den positiven Effekten der Reformen in diesem Bereich seit 2014 liegt. Hierbei geht es insbesondere um die Einführung des für die Ukraine von ehrenamtlichen Spezialisten entwickelten und zeitweilig unter dem Dach von Transparency International betriebenen Systems für elektronische öffentliche Beschaffungen »ProZorro«. Der Name bezieht sich auf das ukrainische Wort für Transparenz: prozorist'.

Seit dem 1. August 2016 müssen alle öffentlichen Beschaffungen von Waren und Dienstleistungen über einem Wert von 200.000 Hrywnja (zum derzeitigen Wechselkurs knapp 7.000 Euro) sowie von Sachleistungen über 1.500.000 Hrywnja (gut 50.000 Euro) elektronisch abgewickelt werden. Hierbei werden wesentliche Informationen über Bieter und Angebote zum jeweiligen Verfahren öffentlich gemacht. So können informelle Absprachen weitgehend ausgeschaltet werden. Allerdings weisen kritische Beobachter darauf hin, dass miteinander liierte Unternehmen gleichzeitig bieten können, um Konkurrenz vorzutäuschen, und so erstens die Kosten des jeweiligen Projekts in die Höhe treiben und zweitens staatliche Gelder innerhalb ihres Netzwerks aufteilen. Die bisher existierenden Manipulationen werden so durch ProZorro wesentlich reduziert, aber nicht komplett ausgeschlossen.

ProZorro stellt den bislang wichtigsten Schritt auf dem Weg zur Beseitigung der weitverbreiteten Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen dar. Darüber hinaus ist auch der breitere Kontext der Gesetzgebung und deren Umsetzung relevant. Seit dem Frühjahr 2014 wurde das entsprechende Gesetz mehrmals geändert, um problematische Ausnahmen und Möglichkeiten für korrupte Praktiken abzuschaffen. Im Februar 2016 wurden schließlich Änderungen eingefügt, die die vollständige Implementierung des ProZorro-Projekts in zwei Schritten ermöglicht haben. So wurden ab April 2016 alle Einrichtungen der nationalen staatlichen Exeku-

tive sowie Monopolisten gezwungen, ihre öffentlichen Beschaffungen über ProZorro durchzuführen. Seit dem 1. August 2016 gilt dies auch für alle anderen Akteure.

Offensichtlich ist es gelungen, die notwendige Mehrheit im Parlament für diese Änderungen zu erhalten. Allerdings blockierte das Parlament ein Gesetz, das die oben beschriebene Vortäuschung von Wettbewerb durch miteinander kooperierende Firmen erschwert hätte. Dies weist darauf hin, dass der Einfluss von Wirtschaftsinteressen auf die Legislative weiter besteht. Unter anderem geschieht dies durch den Einfluss einiger ukrainischer Oligarchen (vor allem Ihor Kolomojskij aber auch Rinat Achmetow) auf das Abstimmungsverhalten einer bedeutenden Zahl von Abgeordneten. Eine Welle von Änderungsanträgen zum reformierten Gesetz, die der ähnelte mit der die Bestimmungen 2012 unter Janukowitsch ausgehöhlt wurden, konnte 2014 allerdings durch intensiven internationalen und internen zivilgesellschaftlichen Druck gestoppt werden.

Der internationale Druck weist auf die Bedeutung externer Akteure hin, die in der veränderten innenpolitischen und regionalen Lage seit dem Majdan und der anschließenden russischen Aggression erheblich zugenommen hat. Dies gilt nicht zuletzt für das öffentliche Beschaffungswesen. So widmet nicht nur der Internationale Währungsfonds (IWF) dem Bereich Aufmerksamkeit im Rahmen seiner konditionierten Unterstützung für die Ukraine, sondern externe Akteure (von deutscher Seite namentlich die GIZ) haben auch die Entwicklung von ProZorro finanziert.

Diese Unterstützung schmälert allerdings nicht den beeindruckenden Einsatz ukrainischer Aktivisten und einiger Beamten, die maßgeblich für die Fortschritte im Bereich der öffentlichen Beschaffungen verantwortlich sind. Damit ist der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure in der Ukraine auf diese Sphäre auch schon angesprochen. Der Organisationsgrad und die Entschlossenheit dieser Akteure sind seit 2014 erheblich gewachsen. Es gibt zudem mehr Personen in politischen Strukturen, die bereit sind, mit diesen Akteuren ernsthaft zusammenzuarbeiten. Außerdem finden sie Verbündete in der internationalen Gemeinschaft. All diese Aspekte haben bei der Reform des öffentlichen Beschaffungswesens eine Rolle gespielt. ProZorro ist aus Aktivistenkreisen gewachsen und wurde anschließend auf Initiative des Stellvertretenden Wirtschaftsministers Maksim Nefjodow vorangetrieben und in seinem Ministerium betreut – mit Hilfe von ausländischen Akteuren.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Bezogen auf die Höhe der involvierten Summen ist das öffentliche Beschaffungswesen von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung der Korruption und die Konsoli-

dierung der Staatsfinanzen. Ein Vergleich der Janukowitsch-Präsidentschaft mit der Phase seit Februar 2014 zeigt deutliche Unterschiede. In der Zeit nach Janukowitsch haben die Möglichkeiten der Einflussnahme sowohl bei externen Akteuren (EU, IWF, Weltbank) als auch bei Teilen der ukrainischen Zivilgesellschaft erheblich zugenommen. Die Forderungen und der Einsatz solcher Akteure im Bereich öffentlicher Beschaffungen haben zu einer greifbaren Reduzierung von Intransparenz bei Schlüsselverfahren wie Ausschreibungen geführt. Allerdings haben weder externe Akteure noch die ukrainische Zivilgesellschaft es geschafft, den Einfluss wirtschaftlicher Akteure auf das ukrainische Parlament zu unterbinden.

Dies weist darauf hin, dass zentrale Elemente eines neopatrimonialen Systems, das auf klientelistischen Netzwerken basiert und sich informeller Absprachen bedient, in der Ukraine noch vorhanden sind. Die Bekämpfung dieser Aspekte und die Herstellung einer größeren Transparenz bei öffentlichen Verfahren und der Vergabe staatlicher Gelder lassen sich am effek-

tivsten durch die Zusammenarbeit zwischen externen Akteuren und ukrainischen zivilgesellschaftlichen Aktivisten realisieren.

Dieser Befund gilt nicht nur für den Bereich der öffentlichen Beschaffungen, sondern auch für zahlreiche andere Sphären in der Ukraine, in denen Reformen stattfinden bzw. stattfinden sollten. Was das öffentliche Beschaffungswesen konkret betrifft, ist zu erwarten, dass sich Widerstand gegen die bislang eingeführten Reformmaßnahmen regt, vor allem im Hinblick auf besonders lukrative Ausschreibungen. Die neuen Regeln und das ProZorro-System der elektronischen Ausschreibungen gelten erst seit sechs Monaten für alle Vorhaben im Bereich der öffentlichen Beschaffungen. Ein genaues Monitoring der Entwicklung in dieser Sphäre wird dringend notwendig sein. Noch wichtiger bleibt die Frage, wie man neopatrimoniale Strukturen, die (nicht nur) im ukrainischen Fall von einer Symbiose zwischen Politik und Wirtschaft gekennzeichnet sind, nachhaltig abbauen kann.

Über die Autorin

Dr. Susan Stewart ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Lesetipps

- Susan Stewart, "Public Procurement Reform in Ukraine: The Implications of Neopatrimonialism for External Actors", *Demokratyzatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, Vol. 21, No. 2, Spring 2013, Special Issue on Ukraine: Politics and Society, 197–214.
- Iryna Solonenko, "When the EU makes a difference in Ukraine's reform process: the cases of public procurement and judiciary", University of Ottawa, Danyliw seminar paper series, <http://www.ukrainianstudies.uottawa.ca/pdf/P_Danyliw2011_Solonenko.pdf>.
- Steffen Halling und Susan Stewart, »Die ›Deoligarchisierung‹ in der Ukraine: Vielversprechende Visionen, trübe Realitäten«, SWP-Aktuell 2016/A 69, November 2016, <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A69_hll_stw.pdf>.

Elektronische Vermögensdeklarationen: Ein Schritt in Richtung mehr Transparenz

Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)

Die Anstrengungen der Ukraine, gegen Korruption vorzugehen, gewinnen an Dynamik. Am 31. Oktober endete die Frist für Staatsbeamte, darunter auch Parlamentsabgeordnete, Minister und Richter, detaillierte Informationen über ihr Privatvermögen in einer neuen öffentlich zugänglichen Datenbank hochzuladen. Von der Konzeption und rechtlichen Basis bis hin zur technischen Entwicklung in Kooperation mit dem UN Development Program und der dänischen Regierung war der Fortschritt des ukrainischen elektronischen Onlinesystems für Vermögensdeklarationen (E-Deklarationssystem) von sich abwechselnden Fort- und Rückschritten geprägt.

Das Startdatum für das System wurde mehrere Male aufgrund politischen Drucks, technischer Fehler, Hacker-Angriffen und fehlender Zertifizierung der Sicherheit privater Daten nach hinten verschoben. Dem zum Trotz wurde das System am 01. September 2016 unter Aufsicht der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention, eine der neuen ukrainischen Institutionen, welche Korruption bekämpfen sollen, gestartet. Anschließend setzte der ukrainische Ministerpräsident Wolodimir Groisman eine Frist bis Ende Oktober für die Abgabe von Vermögensdeklarationen im neuen System. Mehrfach forderte er alle Betroffenen auf, ihre Vermögen zu deklarieren. Viele blieben jedoch skeptisch und warteten bis zum letzten Moment, um ihre Vermögen einzutragen.

Die Idee der E-Deklaration kam in der Ukraine nach den Euromaidan-Protesten 2013/14 auf, als begonnen wurde, eine einheitliche Anti-Korruptionsstrategie für das Land zu entwerfen. Die EU nannte ein funktionierendes E-Deklarationssystem ferner in einer Liste von Voraussetzungen für die Visafreiheit ukrainischer Staatsbürger im Schengenraum. Im September 2016 kritisierte die EU die Verzögerungen beim Start der E-Deklarationen und die fehlenden Zertifizierungen für den Umgang mit privaten Informationen. Nun hat die Ukraine jedoch einen weiteren Schritt in Richtung der Erfüllung der Bedingungen für die Visafreiheit getan.

Die Offenlegung von Vermögen ist ein wichtiger Bestandteil der Prävention von Korruption und Interessenkonflikten, welche beide in der UN-Konvention gegen Korruption verankert sind. Die Anti-Korruptionswächter von Transparency International zeigten auf, dass Länder mit öffentlich zugänglichen Daten über Privatvermögen im Allgemeinen einen geringeren Grad an

Korruption aufweisen. Der Weltbank zufolge gewähren acht von zehn einkommensstarken Ländern öffentlichen Zugang zu den Deklarationen der Privatvermögen von Staatsbediensteten.

Viele Länder, darunter zwei Drittel der G20 Länder, haben verpflichtende Deklarationssysteme eingeführt. Die Ukraine ist aber nun ein seltenes Beispiel für den generellen öffentlichen Zugang zu diesen Informationen in Form einer leicht zugänglichen Datenbank. Im Jahr 2012 boten 43 Prozent der von der Weltbank untersuchten 176 staatlichen Rechtssysteme offenen Zugang zu einem Teil der Vermögensdeklarationen, häufig jedoch nur in Form eines zusammenfassenden Berichts, welcher in einem offiziellen Regierungsblatt veröffentlicht wurde. Die baltischen Staaten, welche ihre Systeme in der Mitte der 1990er-Jahre eingeführt hatten, folgen diesem Modell. Unter den Ländern mit einem offenen Zugang zu den Daten befinden sich Großbritannien und Rumänien.

Des Weiteren ist die Zahl an Regierungsbeamten und Staatsbediensteten, welche nach dem ukrainischen Gesetz zur elektronischen Offenlegung ihrer Vermögen verpflichtet sind, außergewöhnlich hoch. Vergleichbare Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Zahl womöglich letztendlich reduziert werden muss, damit das System effektiv gehalten werden kann.

Die zivilgesellschaftliche Dachorganisation »Reanimation Package of Reforms«, die detaillierte Reformprojekte vorbereitet und die Umsetzung von Reformen überwacht, hat eine Liste der noch vorhandenen Inkonsistenzen zwischen dem aktuellen E-Deklarationssystem und den entsprechenden rechtlichen Grundlagen erstellt. Die Organisation befürchtet, dass die Vermögensdeklarationen aufgrund möglicher Abweichungen von der Rechtsgrundlage nicht als Beweise bei Gerichtsverfahren zugelassen werden könnten.

Zehntausende Politiker und Staatsbedienstete haben ihre Informationen in das System eingegeben, aber die öffentliche Aufmerksamkeit wird auf einigen wenigen liegen. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte wiederholt Aspekte der E-Deklaration kritisiert, reichte seine Deklaration aber letztendlich ein, womit ein klareres Bild seines Reichtums und der internationalen Verteilung seines Vermögens vorliegt. Am 30. Oktober konnte die Seite nur zeitweise erreicht werden – dies führte zu Spekulationen über einen Hacking-Angriff, aber das reine Traffic-Volumen kann als ebenso plausible Erklärung gelten. Auf dem ersten Blick ist die Menge an Bargeld, die

von vielen Offiziellen zu Hause verwahrt wird, besonders augenfällig und ein starkes Zeichen bezüglich des fehlenden Vertrauens der Elite in die nationalen Banken.

Die Einführung der E-Deklaration wurde von der politischen Opposition, technischen Problemen sowie rechtlichen Unklarheiten behindert. Das Ergebnis wird wahrscheinlich unvollständig und teilweise inakkurat sein, jedoch ist die reine Existenz eines solchen Systems schon ein wichtiger Schritt in Richtung der Veränderung ukrainischer Politik. Sie sendet ein wichtiges Signal bezüglich der Reichweite der Korruptionsbekämpfung. Bislang lag der Schwerpunkt im Kampf gegen Korruption auf der Schaffung von neuen institutionellen Bausteinen – namentlich der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention, mit der Aufgabe, die Anti-Korruptions-Politik zu entwickeln und Individuen auf Basis ihrer E-Deklaration zu beobachten, sowie dem Nationalen Antikorruptionsbüro, welches Fälle von falschen Ein-

trägen in das System überprüfen soll. Die neuen Institutionen müssen noch ihren Operationsmodus finden, insbesondere gegenüber der Staatsanwaltschaft und den Gerichten, um Fälle bis zur Strafverfolgung zu bringen.

Die Bereitstellung eines öffentlichen Zugangs zu Informationen über die Vermögen von Staatsbediensteten in einem solch großen Umfang führt zu einem bisher nicht gekannten Element der Transparenz und Verantwortung, nicht nur in der Praxis der ukrainischen Politik, sondern auch in der Wahrnehmung der ukrainischen Bürger. Viele ukrainische Offizielle sind skeptisch oder lehnen die E-Deklarationen ab, was vermuten lässt, dass diese versuchen werden, das System zu sabotieren. Doch das Pendel ist bereits zu weit in eine Richtung geschwungen, um das zugrunde liegende Prinzip infrage zu stellen. Es ist schwierig, die Bedeutung dieses Schrittes zu überschätzen.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Christopher Pavenstädt*

Über die Autorin

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse ist die wissenschaftliche Direktorin des neu gegründeten Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin sowie non-resident senior fellow von Carnegie Europe. Die englische Originalfassung dieses Beitrags wurde Ende Oktober 2016 im »Carnegie Europe's Strategic Europe Blog« veröffentlicht: <<http://carnegieeurope.eu/strategieurope/64991>>

Die Datenbank mit den E-Deklarationen der Vermögen ist online einsehbar unter: <<https://public.nazk.gov.ua/>>

DOKUMENTATION

Stellungnahmen und Pressestimmen zum Start des Onlinesystems (August/September 2016) und zur Veröffentlichung der Vermögensdeklarationen (Oktober/November 2016)

E-declaration issue could affect Ukraine's reputation—UK Ambassador

Interfax: Ukrainian General Newswire (Ukraine), 15.08.2016

British Ambassador to Ukraine Judith Gough has expressed hope for a full launch of the system of e-declaration of Ukrainian officials' assets in the nearest future. "Commend Ukraine's progress on tackling corruption, including the vital work of the NABU [...] and the NACP [...]. But the launch of an incomplete e-declaration system risks damaging this progress and Ukraine's reputation," the official wrote on her Twitter page.

Quelle: <<https://www.kyivpost.com/article/content/ukraine-politics/uk-ambassador-says-e-declaration-issue-could-affect-ukraines-reputation-421103.html>>

Presseerklärung der EU-Delegation in der Ukraine, 17.08.2016

The electronic asset declaration system launched by the National Agency for the Prevention of Corruption (NAPC) on 15 August has not been properly certified and therefore falls short of creating the key legal consequences that the submission of a false declaration should entail. An e-declaration system in test-mode therefore makes little sense and might actually be counterproductive. [...] Failure to swiftly resolve this issue could undermine Ukraine's important anti-corruption efforts, which are essential for a successful reform process, supported by the EU.

Quelle: <https://eeas.europa.eu/archives/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2016/2016_08_17_en.htm>

Ukraine relaunches online earnings system to prevent corruption, some sceptical

Reuters News (USA), 01.09.2016, Alessandra Prentice and Pavel Polityuk

Ukraine on Thursday launched an online income declaration system meant to combat corruption among state officials that it hopes will unlock funds from the IMF, but its developer and watchdogs said insufficient political will could undermine the project. [...] Transparency International Ukraine welcomed the launch, but said there was a danger the programme could prove ineffective. "We hope that the president (Petro Poroshenko) ... will not allow the e-declaration system to be discredited by the introduction of amendments to anti-graft legislation," TI Ukraine senior analyst Oleksandr Kalitenko told Reuters. [...] Meanwhile, the head of the non-governmental Anti-Corruption Action Center, Vitaliy Shabunin, said lawmakers from across the political spectrum had already worked out a way for officials to avoid being held liable for illegally earned wealth under the e-declaration system.

Quelle: <<http://www.reuters.com/article/ukraine-crisis-corruption-idUSL8N1BD0UJ>>

EU Delegation gives feedback on first e-declaration stage in Ukraine

UNIAN (Ukraine), 01.11.2016

"The completion of the first round of electronic asset declarations, whereby we have seen a very high level of turn-out among declarants, marks an important milestone in Ukraine's anti-corruption reforms [...]," Charge d'Affaires of the EU Delegation Thomas Frellesen has said. [...] "The important stage of verification of submitted e-declarations now starts. The NAPC [National Agency for Prevention of Corruption] must be able to operate fully independent, free of any political interference. The NAPC must be given the necessary means to carry out its important functions in relation to the verification of the information submitted in the declarations," he said.

Quelle: <<http://www.unian.info/politics/1601606-eu-delegation-gives-feedback-on-first-e-declaration-stage-in-ukraine.html>>

Vast wealth declared by Ukraine politicians causes shock and anger

Euronews (Frankreich/paneuropäisch), 31.10.2016

There has been an angry reaction in Ukraine to revelations that many politicians are even more staggeringly wealthy than had been suspected. [...] "We did not expect that this would be such a widespread phenomenon among state officials. I can't imagine there is a European politician who invests money in a wine collection where one bottle costs over 10,000 dollars," said Vitaliy Shabunin, the head of the non-governmental Anti-Corruption Action Centre. [...] Olexandra Ustinova of the anti-corruption centre [...]: "Basically, we had hundreds of people die on Maidan for the new people to be elected and to come to power [...]. And basically looking now on the new declarations you realise that these people are not new. The majority of these people are still there to make money."

Quelle: <http://www.euronews.com/2016/10/31/vast-wealth-declared-by-ukraine-politicians-causes-shock-and-anger>

Offenlegung des Vermögens – die Millionen der ukrainischen Elite

Tagesschau (Deutschland), 01.11.2016, Hermann Krause

Es ist ein Gesetz, das der Internationale Währungsfond (IWF) der ukrainischen Regierung aufzwang – mit dem Ziel, die weitverbreitete Korruption in dem Land zu bekämpfen. Ob dies gelingt, ist eine andere Frage. [...] Die Empörung ist groß, das Vertrauen in die Regierungselite war ohnehin sehr gering, nun ist es auf einem Tiefpunkt angelangt. Die ehemalige Kampfpilotin Nadia Sawtschenko, die lange Zeit in Russland festgehalten wurde und als Abgeordnete stets die Regierung angreift, drückte es so aus: »Die Leute begreifen, dass diejenigen, die an der Macht sind, dem Volk feindlich gegenüberstehen. Sie müssen weggejagt werden.«

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-deklarationen-101.html>

In Ukraine, not even the Top Banker Trusts the Banks

The New York Times (USA), 01.11.2016, Andrew E. Kramer

Many of the lawmakers and officials responsible for inspiring public trust in Ukraine's economic and banking institutions have little faith that their own wealth would be safe in the country's banks, according to recently mandated financial disclosures. The new law in corruption-weary Ukraine required all officials, from mayors to members of Parliament, to publicly declare their property holdings by Monday. More than 50,000 officials complied.

Quelle: <http://www.nytimes.com/2016/11/02/world/europe/ukraine-banks-corruption.html>

Lutsenko says MPs who failed to submit e-declaration face up to 2 years in prison

Interfax: Ukrainian General Newswire (Ukraine), 02.11.2016

Ukraine's Prosecutor General Yuriy Lutsenko has said seven MPs who have not submitted their electronic declaration on time are facing up to two years of imprisonment: "[...] If you submit your e-declarations soon, there will be the administrative responsibility in the form of a fine. If not, the intentional failure to submit e-declaration is a criminal offense punishable from 150 to 240 hours of community service, or imprisonment for up to two years, with the deprivation of the right to hold public offices for up to three years," Lutsenko wrote on Facebook on Monday.

Quelle: <http://en.interfax.com.ua/news/general/380965.html>

Saakaschwili tritt als Gouverneur von Odessa zurück

Der Tagesspiegel Online (Deutschland), 07.11.2016, Jonas Schaible

Der ehemalige georgische Regierungschef ist als Gouverneur der ukrainischen Provinz Odessa zurückgetreten. »Ich werde das nicht länger tolerieren, ich habe genug davon«, sagte Saakaschwili in seiner Rücktrittsrede. Odessa werde von korrupten Clans regiert, die von der Regierung in Kiew gedeckt würden. Damit endet eines der Vorzeigeprojekte im Kampf gegen Korruption. [...] Der Anlass, sein Amt nun aufzugeben, seien die Vermögensberichte von Politikern und Beamten gewesen, sagte Saakaschwili.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/politik/korruption-in-der-ukraine-saakaschwili-tritt-als-gouverneur-von-odessa-zurueck/14805602.html>

Die Ukraine knöpft sich ihre reiche Elite vor

Süddeutsche Zeitung (Deutschland), 20.11.2016, Cathrin Kahlweit

Das Ergebnis der ersten Veröffentlichungen war so schockierend wie erwartbar: Die meisten Politiker und Richter sind unendlich viel reicher, als es ihre niedrigen Gehälter erlauben würden. [...] Elektronische Vermögenserklärungen sind in einem Land, das im internationalen Korruptionsindex auf Platz 130 steht, eine Sensation. Das System könnte auch für westeuropäische Staaten Vorbild sein. Premier Wladimir Grojsman, sagt, das Prozedere fühle sich an, als springe man ohne Fallschirm aus einem Flugzeug: ziemlich riskant also. Die Reaktion der Bevölkerung zeigt, wie riskant: Es herrschen Wut und Empörung, weil die Bereicherung weitergeht, als hätte es den Maidan-Aufstand nie gegeben.

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ukraine-korruption-und-widerstand-1.3257743>

Zusammengestellt von Christopher Pavenstädt

DOKUMENTATION

Ausgewählte Angaben aus den Vermögensdeklarationen

Tabelle 1: Ausgewählte Angaben aus den Vermögensdeklarationen (in alphabetischer Ordnung)

Name	Position (zum Zeitpunkt der Deklaration)	Vermögen (ausgewählte Angaben)
Arsen Awakow	Innenminister	71.000 US-Dollar, 30.000 Euro und 265.000 UAH Bargeld 2 Eigentumswohnungen (657 m ² und 70 m ²) Eigentümer der italienischen Firma »Avitalia s.r.« (Wert 8,832 Mio. UAH) weitere Anteile an verschiedenen Firmen sowie Urheberrechte und verschiedene Bankeinlagen Sammlungen von Gemälden, Antiquitäten, Waffen und Wein
Olha Bohomolets	Parlamentsabgeordnete	6 Grundstücke auf dem Land, 7 Eigentumswohnungen in Kiew 122 Gemälde Autorenrechte für verschiedene Bücher und Liedtexte

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Ausgewählte Angaben aus den Vermögensdeklarationen (in alphabetischer Ordnung)
(Fortsetzung)**

Name	Position (zum Zeitpunkt der Deklaration)	Vermögen (ausgewählte Angaben)
Khatia Dekanoidze	Leiterin der nationalen Polizei	3 Eigentumswohnungen in Georgien 3,5 Mio. UAH Gehalt
Valeria Gontarewa	Leiterin der Nationalbank	Finanzanlagen über 1,831 Mio. US-Dollar 1,754 Mio. UAH Gehalt 1 Eigentumswohnung, 1 Grundstück (900 m ²), 1 Haus (250 m ²) Anteile von 80 % an Europyvzbud und 33 % an Vanser Group LLC
Wolodymyr Grojsman	Ministerpräsident	870.000 US-Dollar, 460.000 Euro und 2,4 Millionen UAH Bargeld u. a. 2,111 Mio. UAH und 16.200 Euro in Bankanlagen 2 Eigentumswohnungen, 2 Häuser, 4 Grundstücke 20 Armbanduhren und Juwelen
Ihor Hryniw	Fraktionsvorsitzender des Blocks Poroschenko	210.000 US-Dollar Bargeld 300.000 UAH auf Bankkonten 1 Haus (577,8 m ²), 4 Grundstücke (1250 m ² bis 3950 m ²) in der Region Kiew
Taras Kutowij	Agrarminister	463.000 US-Dollar, 60.000 Euro und 3,5 Mio. UAH Bargeld Finanzanlagen von 13,3 Mio. UAH Keine Immobilien und Autos
Roman Nasirow	Leiter der staatlichen Steuerbehörde	1,16 Mio. US-Dollar, 450.000 Euro und 4,35 Mio. UAH Bargeld 26 Grundstücke, 5 Eigentumswohnungen 4 Autos und ein Motorrad u. a. teure Uhren, Teppiche, Juwelen, Gemälde, Waffen, eine Sammlung von Weinen und eine Bücherei
Andrij Pawelko	Parlamentsabgeordneter (Block Poroschenko), Vorsitzender des Haushaltsausschusses	keine Autos, keine Immobilien 360.000 US-Dollar, 650.000 Euro und 1,55 Mio. UAH Bargeld, kleinere Summen auf einem Bankkonto 12 Armbanduhren
Oleksiy Poroshenko	Parlamentsabgeordneter (Sohn des Präsidenten Petro Poroschenko)	141.000 US-Dollar, 88.000 Euro und 187.000 UAH Bargeld 200.000 US-Dollar auf Bankkonten 2 Eigentumswohnungen 3 Autos
Mikheil Saakashvili	Gouverneur von Odessa	48.000 Euro Bargeld 129.950 UAH und 57.000 US-Dollar auf Bankkonten 2 Grundstücke (6820 m ² und 500 m ²), 1 Haus (97 m ²) keine Autos mehrere Armbanduhren
Artem Sytnyk	Direktor des nationalen Anti-Korruptionsbüros	250.000 UAH und 10.000 US-Dollar Bargeld Ca. 904.000 UAH Gehalt 1 Eigentumswohnung in Browary (Region Kiew)
Julia Tymoschenko	Vorsitzende der Batkivschyna Fraktion im Parlament	804.000 UAH in bar und auf Bankkonten kein Grundbesitz 10 Juwelen Ehepartner: u. a. 270.000 US-Dollar und 163.000 Euro Bargeld

Zusammengestellt von Christopher Pavenstädt nach Meldungen von Interfax Ukraine Business Weekly (2016)

Die Datenbank mit den E-Deklarationen der Vermögen ist online einsehbar unter: <https://public.nazk.gov.ua/>

Europäischer Rechnungshof zu EU-Hilfe für die Ukraine

Der Sonderbericht Nr. 32/2016 des Europäischen Rechnungshofes EU-Hilfe für die Ukraine wurde am 7. Dezember 2016 veröffentlicht. In diesem Bericht untersucht der Rechnungshof, ob die Hilfe der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes zur Unterstützung der Ukraine bei ihrer Umwandlung in einen verantwortungsvoll geführten Staat in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement und Korruptionsbekämpfung sowie im Gassektor im Zeitraum 2007–2015 wirksam war. Der vollständige Bericht ist im Internet verfügbar unter <http://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=40134>

Wir veröffentlichen im Folgenden die begleitende Presseerklärung.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

EU-Hilfe für die Ukraine: Ergebnisse bislang »unbeständig«, so die Prüfer

Die EU-Hilfe für die Ukraine hatte begrenzte Auswirkungen, und obwohl den Reformen seitdem neuer Schwung verliehen wurde, sind die Ergebnisse bislang unbeständig, wie einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs zu entnehmen ist. Aufgrund der instabilen politischen, rechtlichen und administrativen Situation war die Wirksamkeit der EU-Hilfe während des Prüfungszeitraums zumeist begrenzt, so die Prüfer.

Die Prüfer beurteilten, ob sich die Hilfe der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes bei der Unterstützung der Reformen in der Ukraine als wirksam erwies. Sie untersuchten die Bereiche öffentliches Finanzmanagement und Korruptionsbekämpfung sowie den Gassektor im Zeitraum 2007–2015.

Nach den Ereignissen des Maidan im Jahr 2014 gab es den Prüfern zufolge Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine, doch wird der Reformprozess weiterhin stark durch die Herausforderungen beeinträchtigt, denen die Ukraine gegenübersteht, und die früheren und neuen Oligarchen stellen nach wie vor ein großes Risiko dar. Die Reaktion der EU auf die Krise im Jahr 2014 mit einem Paket über 11,2 Milliarden Euro für einen Zeitraum von sieben Jahren erfolgte zwar umgehend, war aber nur eine Notlösung. Die EU wies große Geldbeträge rasch zu und zahlte sie aus, ohne zuerst eine Strategie festzulegen.

»Die Arbeit im Zusammenhang mit der EU-Hilfe für die Ukraine ist noch im Gange, obwohl die Kommission bereits große Anstrengungen unternommen hat«, so Szabolcs Fazakas, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. »Zum Zeitpunkt unserer Prüfung bestand ein starker politischer Wille zur Reform der öffentlichen Verwaltung. Durch einen Wechsel in der Führungsebene wurden jedoch die Reformen gefährdet, und geringe Dienstbezüge boten ein Einfallstor für die Korruption. Sollen die Ziele erreicht werden, so sind weitere Schritte erforderlich.«

Die Prüfer stellten einige konkrete und nachhaltige Ergebnisse im Bereich der Reform des öffentlichen Finanzmanagements sowie Verbesserungen des Rechtsrahmens zur Korruptionsbekämpfung fest. Das öffentliche Finanzmanagement hatte aber im Dialog zwischen der EU und der Ukraine im Zeitraum 2007–2013 zumeist nur geringen Stellenwert. Bis zum Jahr 2014 schlug sich das begrenzte Engagement der ukrainischen Regierung für den Reformprozess in unvollständigen und verzögerten Ergebnissen nieder. Die Korruptionsbekämpfung wurde im Jahr 2011 durch den Aktionsplan zur Visaliberalisierung gestärkt und durch die verbesserte Zusammenarbeit nach dem Maidan weiter beschleunigt. Doch trotz des neuen Schwungs für Reformen seit 2014 sind die Ergebnisse bislang unbeständig. Die Ergebnisse der Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung bleiben abzuwarten.

Mängel bei den Formulierungen der Bedingungen für die Hilfe und bei der Bewertung der Erfüllung dieser Bedingungen beeinträchtigten die Konzeption der Budgethilfe und der Finanzhilfe. Die Überwachung der Umsetzung der EU-Hilfe war aber weitgehend wirksam, und die mehrfache Aussetzung von Budgethilfeszahlungen führte zu Fortschritten bei den Prioritäten im Bereich des öffentlichen Finanzmanagements im Zeitraum 2011–2013.

Im Gassektor ist ein gewisser Erfolg zu verzeichnen, was die Verbesserung der Verwaltungspraxis und die Sicherstellung der Lieferungen an die EU über die Ukraine betrifft. Der Dialog zwischen der EU und der Ukraine in Bezug auf Gas wurde jedoch durch das schwankende Engagement der Ukraine sowie die unterschiedlichen Ansichten der EU-Interessenträger beeinträchtigt. Die Konzeption der EU-Hilfe zur Verbesserung der Verwaltungspraxis und zur Sicherstellung der Versorgung umfasste ungenaue Bedingungen, die schwer zu bewerten waren. Bei der Überwachung mangelte es mitunter an hochwertigen Daten, und im Rahmen der gemeinsamen Berichterstattung der EU und der Ukraine wurden die Schwierigkeiten nicht ausreichend genau erläutert. Vor 2014 hatte die EU-Hilfe wenige Auswirkungen auf die Funktionsweise des ukrainischen Gassektors, und im Hinblick auf die sichere Versorgung wurden gemischte Ergebnisse erzielt. Im April 2015 wurde jedoch mit der Verabschiedung eines Gasgesetzes, das im Einklang mit dem dritten Energiepaket der EU steht, ein wichtiger Meilenstein erreicht.

Die Prüfer sprechen eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der EU-Hilfe für die Ukraine aus. Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst sollten

- das öffentliche Finanzmanagement im Dialog mit der Ukraine stärker betonen;
- die Gestaltung der Finanzhilfebedingungen und der Auszahlungen der Finanzhilfe verbessern;
- die Umsetzung der EU-Hilfe besser überwachen;
- die wirksame Umsetzung und Nachhaltigkeit der Reformen stärker betonen;
- Schritte einleiten, um die EU-Hilfe für die Ukraine im Gassektor wirksamer zu gestalten.

CHRONIK

12. Dezember 2016 – 22. Januar 2017

12.12.2016	In einer Umfrage der Kutscheriw-Stiftung für demokratische Initiativen geben 67 % der Befragten an, keine Auswirkungen der finanziellen Dezentralisierungsreform aus dem Jahr 2015 bemerkt zu haben. Von den acht Prozent, die Verschlechterungen festgestellt haben, beklagt die Mehrheit einen Qualitätsrückgang der medizinischen Versorgung. Von den 16 %, die eine Veränderungen zum Besseren sehen, verweist die Mehrheit auf Verbesserungen beim Wohnungsbau.
12.12.2016	Die Abgeordnete der Partei Vaterland und ehemalige Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko bestätigt, dass sie sich am 7. Dezember 2016 in Minsk mit den Anführern der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk, Oleksandr Sachartschenko und Ihor Plotnizkyj zu Besprechungen über das Minsker Abkommen getroffen habe. Das Treffen sei mit ihrer Parlamentsfraktion nicht abgestimmt gewesen. Im Rahmen der Verhandlungen von Minsk war es bisher nicht üblich, dass sich offizielle Vertreter der Ukraine direkt mit Vertretern der Separatistengebiete austauschen.
12.12.2016	Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel prognostiziert für das erste Quartal des Jahres 2017 eine Inflationsrate von 13 %.
13.12.2016	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« ihren Kontrollposten in der Ortschaft Petriwske demontiert haben. An diesem Ort wurde seit September 2016 ein von der OSZE überwachter Truppenabzug beider Seiten von der Frontlinie umgesetzt.
14.12.2016	Ein Gericht in Amsterdam entscheidet, dass die Exponate aus der Zeit der Skythen, die vier Museen auf der Krim im Februar 2014 an ein niederländisches Museum ausgeliehen hatten, an die Ukraine zurückgegeben werden müssen – und nicht an die Museen auf der Krim, die im März 2014 von Russland annektiert wurde. Das Gericht beruft sich auf die UNESCO-Konvention, nach der Kunstgegenstände an den Staat zurückgegeben werden müssen, der sie ausgeliehen hat. Das Gericht erlegt dem ukrainischen Staat auf, 111.000 Euro für die bisherige Verwahrung der Exponate in den Niederlanden zu zahlen.
14.12.2016	Präsident Petro Poroschenko äußert sich skeptisch zum dem Treffen der Abgeordneten Nadeschda Sawtschenko mit den Anführern der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk. Die Aktion habe weder Sawtschenko noch der Ukraine einen Nutzen gebracht.
14.12.2016	Der wegen Betrugs gesuchte Parlamentsabgeordnete Oleksandr Onischtschenko behauptet in einem Interview mit dem Sender Homadske-TV, er habe im Jahr 2016 für seine Registrierung als Kandidat bei der Zentralen Wahlkommission sechs Millionen US-Dollar Schmiergeld an David Schwannja übergeben, der die Wahlkampagne des Blocks Petro Poroschenko koordinierte. Zuvor hatte ein Gericht Onischtschenko die Registrierung verweigert. Präsident Petro Poroschenko habe Onischtschenko persönlich angerufen und ihm aufgetragen, sich mit Schwannja zu treffen. Nach der Zahlung sei Onischtschenko als Kandidat registriert worden.
15.12.2016	Das EU-Parlament verabschiedet ein Gesetz, das es erlaubt, eine mit einem Drittstaat vereinbarte Visabefreiung unter bestimmten Bedingungen wieder aufzulösen. Dazu zählen u. a. ein starker Anstieg unbegründeter Asylanträge und ein Anstieg des Sicherheitsrisikos in der EU im Zusammenhang mit Bürgern des Drittstaates. Die Verabschiedung eines solchen Gesetzes war zuvor zur Bedingung für eine Visaliberalisierung der EU mit der Ukraine erklärt worden.
15.12.2016	Die Fraktion der Partei Vaterland schließt die Abgeordnete Nadeschda Sawtschenko aus. Zur Begründung gibt die Fraktion an, die Partei sei grundsätzlich gegen Verhandlungen mit »Terroristen«. Sawtschenko hatte sich am 7. Dezember in Minsk mit den Anführern der separatistischen Regionen im Donbass zu Gesprächen getroffen, ohne diesen Schritt zuvor mit der Fraktion abzustimmen.
16.12.2016	Mit einer neuen Verordnung ermöglicht das Ministerkabinett die Verstaatlichung der größten privaten Bank der Ukraine, der Privatbank. Zurzeit halten die beiden Grossunternehmer Hennadij Boholjubow und Ihor Kolomojskyj 33 bzw. 42 % der Anteile. Zuvor kursierten Gerüchte, nach denen Kolomojskyj einem Verkauf seiner Anteile zustimmen könnte.
18.12.2016	Die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« lassen Taras Kolodyj, einen Soldaten der ukrainischen Armee, frei. Er war bei dem für beide Seiten verlustreichen Gefecht um den Flughafen von Donezk im Jahr 2014 gefangen genommen worden.
18.12.2016	Nachdem der Nationale Sicherheitsrat zu einer Besprechung zusammengetreten war, teilt die Regierung mit, dass der Staat die größte private Bank der Ukraine, die Privatbank, zu 100 % übernehmen werde. Die Regierung betont, der Schritt sei mit den internationalen Finanzinstitutionen, die der Ukraine Hilfskredite in Milliardenhöhe zur Verfügung stellen, abgestimmt. Finanzminister Oleksandr Daniljuk erklärt, die privaten Aktionäre der Bank hätten sich im Interesse der Kunden mit dem Vorschlag der Verstaatlichung an die Regierung gewandt. In der Erklärung der Regierung heißt es, durch diesen Schritt würden die Privatbank und das gesamte ukrainische Bankensystem gerettet.

18.12.2016	Bei Swlitolodarsk in der Nähe von Debalzewe in der Region Donezk kommt es zu einem offenen Gefecht zwischen der ukrainischen Armee und separatistischen Truppen, das auf beiden Seiten mehrere Todesopfer fordert.
19.12.2016	Die EU verlängert die im Zuge des Ukraine-Konflikts gegen Russland verhängten Sanktionen bis zum 31. Juli 2017. Seit März 2015 sind die im Sommer 2014 verhängten Sanktionen an die Erfüllung des Minsker Abkommens gekoppelt.
19.12.2016	Am Tag nach der Entscheidung über die Verstaatlichung der Privatbank erklärt der Vorsitzende der Informationsabteilung der Bank auf Facebook, die Bank sei seit Beginn des Konflikts im Donbass immer wieder »Informationsattacken« ausgesetzt gewesen – zuletzt in der vergangenen Woche, als Gerüchte darüber verbreitet wurden, dass die Bank alle Zahlungen einstellen werde. Zahlreiche Kunden hätten ihre Mittel abgerufen, was die Funktionsfähigkeit des Instituts gefährde. Ziel der Verstaatlichung sei der Schutz der Kunden durch eine staatliche Garantie der Einlagen. Poroschenko hatte diese Garantie zuvor ausgesprochen. Finanzminister Oleksandr Daniljuk kündigt an, die Privatbank wieder zu privatisieren, sobald sie stabilisiert worden sei.
20.12.2016	Die Kommission zur Auswahl eines geeigneten Kandidaten für die Nachfolge Michail Saakaschwilis, des zurückgetretenen Gouverneurs der Region Odessa, legt sich auf Maksim Stepanow fest. Stepanow leitet zurzeit die staatliche Druckerei.
21.12.2016	Das Parlament verabschiedet das Budget für das Jahr 2017. Es sieht Ausgaben in Höhe von 790 Milliarden Hrywnja (etwa 28 Milliarden Euro) vor, die Einnahmen in Höhe von 721 Milliarden Hrywnja (etwa 25 Milliarden Euro) gegenüberstehen.
21.12.2016	Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschynow, erklärt, im Zuge des Gefechts bei Switolodarsk vom 18. Dezember 2016 sei die Armee vorgerückt und habe »neue Positionen« bezogen.
21.12.2016	Die Regierung verlängert die Unterbrechung des zollfreien Handels mit Russland bis Ende 2018. Russland hatte zum Januar 2016 als Reaktion auf das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU ukrainische Waren mit Einfuhrzöllen belegt, woraufhin die Ukraine ihrerseits Zölle eingeführt hatte.
21.12.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE einigt sich mit Vertretern der Separatistengebiete im Donbass auf eine vollständige Waffenruhe ab dem 24. Dezember 2016, 00:00 Uhr.
22.12.2016	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt, im Vergleich zur Vorwoche sei in der laufenden Woche die Anzahl der Verwendung von schweren Waffen um 300 % gestiegen. Schwere Waffen, wie etwa Artilleriegeschütze, sollten laut dem Minsker Protokoll bereits seit dem Jahr 2015 hinter die Frontlinie abgezogen und dort verwahrt werden. Diese Vereinbarung wird nach wie vor nicht umgesetzt.
22.12.2016	Das Parlament schließt die Abgeordnete Nadeschda Sawtschenko von der Delegation des Parlaments in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aus. In der Begründung heißt es, sie sei Teil der Fraktion geworden, um ihre Befreiung aus dem russischen Gefängnis zu erleichtern. Mit ihrer Freilassung habe sich die Lage geändert und man könne zu den gewöhnlichen Standards der Besetzung der Delegation zurückkehren. Sawtschenko war zuvor wegen ihrer direkten Verhandlungen mit den Anführern der separatistischen Regionen aus der Fraktion der Partei Vaterland ausgeschlossen worden.
22.12.2016	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Soldaten der »Anti-Terror-Operation« von juristischer Verantwortung befreit, wenn sie ihren Einsatz an der Front ohne die erforderlichen Dokumente abgeleistet haben. Ein entsprechendes Gesetz war bereits im Juli 2016 verabschiedet worden, Präsident Petro Poroschenko hatte jedoch wegen formaler Fehler sein Veto eingelegt.
23.12.2016	Der Großunternehmer Ihor Kolomojskyj äußert sich zur Verstaatlichung der Privatbank, an der er zuvor über verschiedene Firmen insgesamt 43 % der Anteile gehalten hatte. Die Verstaatlichung habe die Bank und damit das gesamte Finanzsystem der Ukraine vor dem Zusammenbruch gerettet. Er erhebt schwere Vorwürfe gegen die Ukrainische Nationalbank, die Gerüchte über finanzielle Schwierigkeiten der Privatbank in Umlauf gebracht habe, die die Kunden verunsichert hätten.
23.12.2016	Das Bataillon »Donbass – Ukraina« der ukrainischen Streitkräfte meldet, es habe das Dorf Nowoluhanske nordöstlich von Horliwka in der Region Donezk kampflos unter seine Kontrolle gebracht. Es hatte sich zuvor in der so genannten »Grauzone« zwischen den Fronten befunden, aber unter ukrainischer Verwaltung gestanden. Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti meldet, die Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« hätten den Schritt bestätigt.

24.12.2016	Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagt einen für die kommende Woche geplanten Besuch des ukrainischen Ministerpräsidenten Wolodymyr Hrojsman in Israel ab. Zur Begründung nennt er die Position der Ukraine im UN-Sicherheitsrat zur Resolution Nr. 2334. Die Resolution kritisiert den Siedlungsbau Israels in den besetzten Gebieten im Westjordanland. Die Ukraine hatte, wie alle anderen Mitglieder des Sicherheitsrates mit Ausnahme der USA, die sich enthielten, für die Resolution gestimmt.
26.12.2016	Die Anführer der separatistischen Regionen im Donbass, Oleksandr Sachartschenko und Ihor Plotnyzkyj, erklären ihre Bereitschaft, zwei weibliche Gefangene freizulassen. Sie verweisen auf die Gespräche mit der ukrainischen Abgeordneten Nadeschda Sawtschenko und kritisieren ukrainische Politiker und Medien für die Kritik, die Sawtschenko im Zusammenhang mit den direkten Verhandlungen in der Ukraine erfahren habe.
26.12.2016	Aktivistin, einige davon ehemalige Angehörige des Freiwilligenbataillons Ajdar, erklären den Beginn einer Blockade der umstrittenen Territorien im Donbass. Im Rahmen der Blockade werde man den Transport von Rohstoffen wie Metall, Kohle und Holz sowie Alkohol und Zigaretten zwischen dem ukrainisch kontrollierten Landesteil und separatistischen Regionen unterbinden. Grundnahrungsmittel werde man passieren lassen. Am Folgetag erklärt der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates Oleksandr Turtschynow, dass ohne die Anweisung des Präsidenten keine Blockade stattfinden werde. Es könne keine improvisierten Versuche von Freiwilligen geben.
28.12.2016	Die Regierung ernennt Staatssekretäre in sechs Ministerien. Dieses Amt war im Jahr 2016 eingeführt worden, um Minister von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und Korruption zu erschweren. Die Staatssekretäre sind nach dem Minister die ranghöchsten Ministerialbeamten und sollen politisch neutral sein.
29.12.2016	Der Fernsehsender 1+1 beklagt, dass der Nationale Sicherheitsrat entgegen seiner Ankündigungen die Lizenz des Senders noch nicht verlängert habe. Die Lizenz laufe mit dem 29. Dezember 2016 aus. In der Erklärung des Kanals heißt es, man befürchte eine feindliche Übernahme des Senders durch regierungsnahen Personen. Die Mediengruppe 1+1 Media, zu der der Sender gehört, wird von Ihor Kolomojskyj kontrolliert.
29.12.2016	Der Nationale Sicherheitsrat erlässt im Zusammenhang mit dem Konflikt mit Russland weitere Sanktionen gegen Individuen und Firmen. Darunter sind Personen, die im Rahmen der russischen Parlamentswahlen auf der Krim als Repräsentanten der dortigen Wahlkreise gewählt wurden, sowie Mitglieder der Wahlkommissionen. Außerdem betroffen sind ukrainische Firmen, die sich auf der Krim unter russischem Recht neu registriert haben.
31.12.2016	In seiner Neujahrsansprache erklärt Präsident Petro Poroschenko, es gebe mehr Gründe für Optimismus als ein Jahr zuvor. Insbesondere in Bezug auf die wirtschaftliche Lage sei der Tiefpunkt überwunden. Als seine wichtigsten Aufgaben für das kommende Jahr bezeichnet er die anstehenden politischen Reformen, die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, den Ausbau der internationalen Unterstützung der Ukraine und die Annäherung an EU und NATO. Er wendet sich im Namen der gesamten Ukraine an die Menschen auf der Krim und im separatistisch kontrollierten Donbass und erklärt, die »russische Okkupation« sei vorübergehend, man werde sich wieder »vereinigen«.
02.01.2017	Nach Angaben der Nachrichtenagentur Interfax Ukraina hat die Ukraine ihren Import von Erdgas im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 um ein Drittel reduziert. Gas wird seit mehr als einem Jahr ausschließlich aus dem Westen geliefert, seit November 2015 bezieht die Ukraine kein Gas mehr direkt vom russischen Energiekonzern Gazprom.
03.01.2017	Präsident Petro Poroschenko ruft mit seiner Unterschrift unter das entsprechende Gesetz den Obersten Rat der Rechtsprechung ins Leben, der den Obersten Justizrat ablöst. Der Rat wird zukünftig für die Ernennung und Absetzung von Richtern zuständig sein. Von den 21 Mitgliedern werden zwei vom Präsidenten und zwei vom Parlament ernannt – der Rest wird von Berufsverbänden bestimmt. Die Einrichtung des Organs ist Teil einer umfangreichen und umstrittenen Justizreform, die die Unabhängigkeit der Richter von Parlament und Exekutive stärken und damit Korruption verhindern und Verfahren fairer gestalten soll. Die Reform genießt die Unterstützung der Venedig-Kommission des Europarates sowie der EU und der USA.
03.01.2017	Die Staatsanwaltschaft zieht eine Pistole des Abgeordneten der Partei Volksfront, Serhyj Paschynskyj, ein. Paschynskyj hatte zuvor gestanden, in der Neujahrsnacht mit der Waffe auf einen Mann geschossen zu haben, mit dem er in Streit geraten sei.
04.01.2017	Verteidigungsminister Stepan Poltorak erklärt, die Ukraine habe die Minsker Vereinbarungen nicht verletzt, als sie am 23. Dezember 2016 das Dorf Nowoluhanske unter ihre Kontrolle brachte, da dieses Territorium auch in den Minsker Vereinbarungen als Territorium der Ukraine gelte. Das Dorf liegt in der von keiner der Armeen kontrollierten so genannten »Grauzone« zwischen den Fronten.
04.01.2017	Sebastian Kurz, der Außenminister Österreichs, das zurzeit den Vorsitz der OSZE innehat, erklärt in Mariupol, dass die OSZE ihre Kontrollmission auf den gesamten Donbass ausdehnen werde.

06.01.2017	Das Gesundheitsministerium vereinfacht die Zulassung von Medikamenten, die in den USA, der Schweiz, Japan, Australien, Kanada oder der EU bereits zugelassen sind. Die Prozedur der Anerkennung solcher Medikamente hatte zuvor mindestens ein Jahr gedauert, nun soll die Zulassung innerhalb von 17 Tagen erfolgen. Die Neuregelung soll die Auswahl an Medikamenten erhöhen, da durch die vereinfachte Prozedur mehr Anbieter angezogen werden sollen.
07.01.2017	Der Inlandsgeheimdienst SBU reagiert auf die Ankündigung der Abgeordneten Nadeschda Sawtschenko, die Namen der Gefangenen der Separatisten zu veröffentlichen. Ein Berater des SBU-Chefs erklärt in einem Interview, man werde mit Nadeschda Sawtschenko eingehende Gespräche führen. Die Veröffentlichung der Namen sei nicht im Sinne der Angehörigen der Gefangenen.
10.01.2017	Trotz einer Warnung des Inlandsgeheimdienstes SBU veröffentlicht die Abgeordnete Nadeschda Sawtschenko auf ihrer Facebook-Seite die Namen der von den Separatisten im Donbass festgehaltenen Gefangenen und der verschollenen Personen. Sie erklärt, die Veröffentlichung helfe dabei, diese Menschen aufzuspüren. Sie ruft dazu auf, 256 Gefangene der ukrainischen Seite gegen alle 42 bestätigten Gefangenen auf separatistischer Seite auszutauschen. Später erklärt sich die »Menschenrechtsbeauftragte« der »Volksrepublik Donezk«, Darja Morosowa, nicht einverstanden mit dem Vorschlag. Die ukrainische Seite halte insgesamt 527 Menschen fest, die alle gegen die 42 Gefangenen der Separatisten ausgetauscht werden müssten. Nadeschda Sawtschenko ist allerdings nicht direkt mit der Organisation des Gefangenenaustauschs beauftragt – diese wird in der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen im Rahmen des Minsker Prozesses verhandelt, der Sawtschenko nicht angehört.
11.01.2017	Insassen des Lukjaniwska-Gefängnisses in Kiew greifen die Wachmannschaft an. Gerüchte, nach denen es sich um ehemalige Angehörige der Spezialeinheit Tornado handelt, werden zunächst nicht bestätigt. Am Abend erklärt der Vorsitzende der Nationalen Polizei, die Insassen seien in ihre Zellen zurückgebracht worden, der Konflikt sei unter Kontrolle.
12.01.2017	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt, um die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage sei der Waffenstillstand im Donbass häufig gebrochen worden. Allein zwischen dem 2. und dem 8. Januar 2017 habe die OSZE-Beobachtermission 336 Verstöße gezählt.
12.01.2017	Der Nationale Sicherheitsrat verbietet die weitere Ausstrahlung des russischen Fernsehsenders Doschd im ukrainischen Kabelfernsehen. Der Sender gilt in Russland als oppositionell und ist dort nach der Entzug der Fernsehlizenz nur im Internet zu sehen. Für das ukrainische Verbot werden formelle Gründe angeführt. Zuvor waren Journalisten des Senders ohne ukrainische Erlaubnis auf die Krim gereist und der Kanal hatte Landkarten gezeigt, die, gemäß der russischen Verfassung, die Krim als Teil Russlands darstellen. Der Sender kann weiterhin per Satellit und über das Internet kostenpflichtig empfangen werden.
13.01.2017	Die Nationalbank meldet einen signifikanten Kursabfall der Hrywnja. Ein Euro kostet etwa 29,35 Hrywnja. Kurz vor dem Jahreswechsel hatte der Preis noch bei etwa 27,20 Hrywnja gelegen.
14.01.2017	Das in New York ansässige Committee to Protect Journalists ruft die Ukraine auf, das Verbot des russischen Senders Doschd wieder rückgängig zu machen. Es nehme dem russischsprachigen ukrainischen Publikum die Möglichkeit, sich über alternative Positionen zur russischen Politik zu informieren. Die Ausstrahlung des Senders im ukrainischen Kabelfernsehen war am 12. Januar 2017 aus formalen Gründen verboten worden.
16.01.2017	Während eines Besuchs in der Ukraine erklärt US-Vizepräsident Joe Biden, der einzige Weg zum Frieden im Donbass sei das Minsker Abkommen. Sobald Russland und die Separatisten die sicherheitsrelevanten Teile der Minsker Vereinbarungen umgesetzt hätten, könne man von der Ukraine die Erfüllung des politischen Teils des Abkommen (d. h. unter anderem eine Verfassungsänderung, die den umstrittenen Regionen einen Sonderstatus bescheinigt) erwarten.
16.01.2017	Präsident Petro Poroschenko weist das Außenministerium an, beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein Verfahren gegen Russland anzustrengen. Bei der Klage wirft die Ukraine Russland vor, die internationale Konvention zur Finanzierung des Terrorismus und der UN-Rassendiskriminierungskonvention zu verletzen. Als Gründe werden die Unterstützung Russlands für die Separatisten im Donbass und das Vorgehen der russischen Sicherheitsbehörden gegen den Medschlis der Krimtataren angeführt. Die Ukraine führt die »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk als terroristische Organisationen.
17.01.2017	Bei einer Parlamentsabstimmung zur Erhöhung der Abgeordnetenvergütung kommt im Parlament nicht die erforderliche Mehrheit zustande.

18.01.2017	Die Vertreterin der Ukraine in der trilateralen Kontaktgruppe aus Ukraine, Russland und OSZE, Iryna Heraschtschenko erklärt, nach Informationen des russischen Außenministeriums hätten seit dem Jahr 2014 etwa 167.000 ukrainische Staatsbürger die russische Staatsbürgerschaft erhalten. Man habe bisher keine Informationen dazu, wie viele Menschen davon Flüchtlinge aus dem Donbass seien und wie viele Einwohner der Krim, die im Zuge der Annexion die russische Staatsbürgerschaft angenommen haben.
19.01.2017	Andrij Sadowyj, der Bürgermeister der westukrainischen Stadt Lwiw, erklärt in einer Videobotschaft, dass das Müllproblem der Stadt zu einer ernstzunehmenden Umweltbedrohung werde. Seitdem im Mai 2016 die Müllkippe der Stadt in Brand geraten war, findet sich kein Ort zur Lagerung des anfallenden Hausmülls.
20.01.2017	Vertreter der OSZE und der trilateralen Kontaktgruppe aus OSZE, Ukraine und Russland beklagen in einer gemeinsamen Erklärung die Verschlechterung der Sicherheitslage im Donbass. Die Zahl der Verletzungen des Waffenstillstands sei in den letzten Tagen wieder angestiegen.
20.01.2017	Der ukrainische Schokoladenhersteller Roshen kündigt an, seine Fabrik im russischen Lipezk zum April 2017 zu schließen. Aufgrund der russischen Einfuhrbeschränkungen ukrainischer Süßwaren sei die Nachfrage so stark gefallen, dass auch die Produktion in Russland stark zurückgegangen sei. Die Firma gehört dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, der entgegen früheren Ankündigungen seine Firmenanteile noch nicht in einen so genannten Blind Trust überführt hat.
21.01.2017	Der ukrainische Botschafter in den USA, Walerij Tschalyj, erklärt, er habe am Rande der Inauguration Donald Trumps zum Präsidenten der USA mit diesem ein Gespräch zu den Beziehungen der USA mit der Ukraine geführt. Ohne Konkretes zu nennen, erklärt Tschalyj, dass das Gespräch den zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko begonnen positiven Dialog fortgesetzt habe.
22.01.2017	Soran Schkirjak, ein Berater von Innenminister Arsen Awakow, erklärt, der Inlandsgeheimdienst SBU habe am Vortag in Kiew ein Attentat auf den Abgeordneten Anton Heraschtschenko verhindert. Der wahrscheinliche Auftraggeber des Attentates habe direkte Verbindungen zu russischen Geheimdiensten. Als Motiv des versuchten Attentats nennt Schkirjak die Webseite Mirotworez (etwa: Friedensstifter), auf der u. a. persönliche Daten von Menschen veröffentlicht werden, die als »Feinde der Ukraine« bezeichnet werden. Die Seite wurde im Jahr 2014 auf Betreiben Anton Heraschtschenkos gegründet.
22.01.2017	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, warnt vor der Gefahr chemischer Verschmutzung der gesamten Region Donezk, sollte das Abfalllager einer Chemiefabrik bei Nowogorodske im Gebiet Donezk durch Kampfhandlungen beschädigt werden. Das Lager liegt zwischen den Fronten. Eine Trennung der Kriegsparteien nach dem Beispiel anderer Orte entlang der Frontlinie sei unabdingbar.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>